

informationen

der Mobilen Beratung

für Opfer rechtsextremer Gewalt

unterstützen

beraten

intervenieren

Schwerpunkt: Antisemitismus

Liebe LeserInnen,
liebe FreundInnen,

Das Jahr neigt sich dem Ende zu – Zeit, Bilanz zu ziehen. In vielerlei Hinsicht kann sie leider nicht positiv ausfallen: Die Zahlen der Angriffe auf alternative und nicht-rechte Jugendliche, MigrantInnen und Flüchtlinge sowie Angehörige so genannter sozialer Randgruppen sind auf einem anhaltend hohem Niveau. Die Brutalität der rechter SchlägerInnen überschreitet dabei in vielen Fällen jede Grenze. Um so unverständlicher ist es für viele Opfer rechter Angriffe, dass die noch vor einigen Jahren bestehende öffentliche Aufmerksamkeit gegenüber rechten Gewalttaten längst wieder verbleibt scheint. Viele Taten – obwohl sie mitten unter uns geschehen – finden unter dem faktischen Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Wo beherztes und parteiliches Eingreifen gefragt wäre, herrscht vielmals Nicht-Verhalten und Schweigen vor.

Unsere kostenlosen, freiwilligen und auf Wunsch anonymen Unterstützungs- und Beratungsangebote richten sich – was oftmals übersehen wird – auch an Opfer antisemitischer Gewalttaten. Denn Antisemi-

tismus ist wieder ein akutes Problem. Geschändete jüdische Friedhöfe, antisemitische Schmierereien und offen Judenhass propagierende Neonazis – dass in Sachsen-Anhalt seit einigen Jahren die Zahl antisemitischer Vorfälle zunimmt und sich BürgerInnen jüdischen Glaubens scheuen, sich offen zu ihrer Religion zu bekennen, empfinden wenige als Skandal. In dieser Situation ist es wichtig zu sagen, dass es Antisemitismus gibt. Aber noch wichtiger ist es, etwas dagegen zu tun. Deshalb organisieren zahlreiche Projekte gemeinsam mit der Amadeu Antonio Stiftung „Aktionswochen gegen Antisemitismus“ in den neuen Bundesländern. Wir haben diese Initiative zum Anlass genommen, mit einem Schwerpunkt in dieser Ausgabe der „informationen“ auf antisemitische Angriffe und jüdisches Leben in Sachsen-Anhalt einzugehen.

Bilanz ziehen, heißt auch Rechenschaft über das eigene Projekt abzugeben. Betroffene rechter Angriffe zu beraten, sie zu begleiten und zu unterstützen sowie gemeinsam mit ihnen zu intervenieren –

das sind die Hauptaufgaben der Mobilen Beratung für Opfer rechtsextremer Gewalt. In unseren vier Anlaufstellen in Halle, Halberstadt, Magdeburg und Salzwedel arbeiten fünf BeraterInnen mit unterschiedlichen Schwerpunkten in den Bereichen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Bislang wird unser Projekt hauptsächlich aus Mitteln des Bundesprogramms CIVITAS finanziert. Diese Finanzierung soll in den kommenden zwei Jahren auslaufen. Trotz aller Bemühungen weitere Partner für eine Kofinanzierung unseres Projektes zu gewinnen: Wir kommen leider nicht umhin, an dieser Stelle – wie so viele andere Beratungsstellen auch – um Spenden zu bitten. Denn nur so werden wir unser Angebot auch zukünftig aufrecht erhalten können. Um den Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt auch weiterhin die bestmögliche Unterstützung anbieten, ihre Interessen vertreten und neue Ideen in die Tat umsetzen zu können, sind die Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt und wir auf Ihre Unterstützung angewiesen. ■

Mobile Beratung

für Opfer rechtsextremer Gewalt

- Wir unterstützen Opfer nach einem rassistischen, rechtsextremen oder antisemitischen Angriff. Wir sind unabhängig und parteilich.
- Wir beraten kostenlos vor Ort und auf Wunsch anonym: Opfer rechter Gewalt und/oder FreundInnen, Angehörige und ZeugInnen.
- Wir intervenieren, wenn sich Opfer rechter Gewalt alleine gelassen fühlen.

Magdeburg

Erich-Weinert-Str. 30; 39104 Magdeburg
Tel.: 0391/5 44 67 10 Funk: 0170/2 92 53 61
opferberatung.md@miteinander-ev.de
Sprechzeit: Montag von 15 bis 17 Uhr

Salzwedel

Sonnenstr. 2; 29410 Salzwedel
Tel.: 03901/30 64 31 Funk: 0170/2 90 41 12
opferberatung.nord@miteinander-ev.de
Sprechzeit: Montag von 15 bis 17 Uhr

Halberstadt

c/o ASB
Voigtei 38; 38820 Halberstadt
Tel.: 03941/62 18 00 Funk: 0170/2 94 83 52
opferberatung.mitte@miteinander-ev.de
Sprechzeit: Donnerstag von 15 bis 17 Uhr

Halle

c/o Blickpunkt Opfer Sachsen-Anhalt e.V.
Reilstr. 78; 06114 Halle
Tel.: 0345/5 48 38 51 Funk: 0170/2 94 84 13
opferhilfesued@yahoo.de
Sprechzeit: Donnerstag von 15 bis 18 Uhr

Manchmal erfährt die Mobile Opferberatung erst nach einigen Monaten von Vorfällen. Damit die Öffentlichkeit ein möglichst vollständiges Bild über die durch die Mobile Opferberatung registrierten Angriffe bekommt, tragen wir an dieser Stelle einige Vorfälle aus dem Frühsommer nach.

15. März/Dessau

Ein 19-jähriger Punk, der aus dem Hauptbahnhof kommt, wird abends aus einer Gruppe von ca. zehn bis zwölf der rechten Szene zugehörigen Personen angepöbelt. Einer der Rechten wirft eine Bierflasche nach dem 19-Jährigen, die ihn aber verfehlt. In der Folge nimmt die Polizei vier Rechte vorläufig fest.

Vor Gericht:

Rechte stürmten Wohnung in Genthin

Überfall auf alternative junge Leute endet mit milden Strafen

Sechs Monate nach dem Überfall auf eine Wohnung in Genthin, bei der drei junge Menschen verletzt wurden, fand am 7. Oktober die Verhandlung gegen drei Rechte aus Schönebeck vor dem Jugendschöffengericht in Burg statt. Vor zahlreichen FreundInnen und UnterstützerInnen der Betroffenen befand das Gericht die drei 19-, 21- und 23-jährigen Männer der Anklage entsprechend der gemeinschaftlichen gefährlichen Körperverletzung für schuldig.

Die mehrmals einschlägig vorbestraften Holger B., Robin F. und Thomas M. präsentierten während der Hauptverhandlung eine offenbar abgesprochene und unglaubwürdige Version ihres Überfalls: Sie hätten die Wohnung nur aufgesucht, weil vom Balkon der Wohnung eine Bierflasche in Richtung auf ihr Auto geflogen sei. Doch selbst ihr eigener Zeuge, der sich während des Überfalls im Wagen aufhielt, konnte diese Version vor Gericht nicht bestätigen. Stattdessen räumte ein Angeklagter später ein, dass der Angriff geplant gewesen sei: Man habe jemandem „etwas auf die Fresse geben“ wollen.

Einen Vorsatz legen auch die polizeilichen Ermittlungen nahe. Denn die Schlägergruppe war zuvor bereits einer älteren Frau aufgefallen, als sie öffentlich mit Baseballschlägern rumhantiert hatten. Die aufmerksame Frau informierte sofort die Polizei, die daraufhin nach dem Pkw suchte und ihm schließlich vor dem Haus des geplanten Angriffs wiederfand.

Eindeutige Indizien und klare Beweislage

Ein Fotoapparat und zwei Kabelbinder, die als Hand- und Fußfesseln nutzbar sind und bei den Angeklagten gefunden wurden, deuten zusätzlich auf einen vorsätzlichen Tatplan hin. Nach Auffassung der Staatsanwaltschaft ließen diese Gegenstände eine weitere Dimension der Tat vermuten, die allerdings nicht nachgewiesen werden könne.

Ihre rechtsextreme Gesinnung entlarvten die Angeklagten nicht nur durch ihre unverhohlene Ablehnung von Menschen mit bunten Haaren und bunter Kleidung, sondern auch dadurch, dass sie von der Polizei beschlagnahmte Gegenstände wie einen mit neonazistischen Emblemen verzierten Rucksack und eine CD-Box mit Hakenkreuz beim Richter zurückforderten. Erst nach dem Hinweis, es handele sich dabei um die Verwendung verfassungsfeindlicher Kennzeichen, die strafrechtliche verfolgt werde, und nach einer ausführlichen Erklärung seines Verteidigers zog der Angeklagte Holger B. seine Eigentumsansprüche an der CD-Box zurück.

Vorsatz nur unzureichend berücksichtigt

Den Aussagen der Betroffenen, die mit Knüppeln und Bierflaschen zusammengeschlagen worden waren, schenkte das Gericht nur zögerlich Glauben. Ihnen wurde vorgehalten, sie könnten die verummten Täter nicht eindeutig identifizieren, obwohl diese nach der Tat der vor dem Haus wartenden Polizei in die Arme gelaufen waren.

Dem Plädoyer der Staatsanwaltschaft entsprechend verurteilte das Schöffengericht Holger B. zu zwei Wochen Dauerarrest und Robin F. ebenfalls nach Jugendstrafrecht zu einem Jahr und zehn Monaten Haft unter Anrechnung der Untersuchungshaft. Nach § 57 des Jugendstrafgesetzes wird die Entscheidung, ob auch diese Strafe zur Bewährung ausgesetzt werden kann, von seiner Lebensführung in den kommenden drei Monaten abhängig gemacht. Thomas M., der Eigentümer des Tatfahrzeugs, erhielt als „geistiger Kopf“ der Gruppe eineinhalb Jahre Haft auf Bewährung. Die Nebenklagevertreterin kritisierte, dass die Täter nach Jugendstrafrecht verurteilt wurden, obwohl sie nur drei Monate vor Vollendung des 21. Lebensjahres eine derartig brutale Tat geplant und durchgeführt hatten. ■

„Holt die Knüppel, wir fahren ihn um!“

Fragwürdiger Umgang der Halberstädter Justiz mit rechter Gewalt

Am 7. Oktober 2004 begann beim Amtsgericht Halberstadt der Prozess gegen zwei Neonazis. Ihnen wurde vorgeworfen, am 17. April 2004 in Wegeleben gemeinsam mit mindestens zwei weiteren Beteiligten einen Punk durch gezielte Schläge gegen den Kopf mit einer Eisenstange schwer verletzt zu haben.

Dass die Täter den 24-Jährigen, seine 18-jährige Freundin und einen 24-jährigen Freund zuvor mit einem Auto über ein Feld gejagt, den Punk frontal angefahren und seinen Freund seitlich mit dem Pkw gestreift hatten, ließ die Staatsanwaltschaft Halberstadt in ihrer Anklage unter den Tisch fallen und blendete somit das geplante Vorgehen der Angreifer aus.

Rechte Tatmotivation heruntergespielt

Eine Verurteilung der Angeklagten wegen der Hatz mit dem Auto hatten Staatsanwaltschaft und Gericht bereits vor Prozessbeginn ausgeschlossen: Es hätte nicht ermittelt werden können, wer das Tatauto gefahren habe. Nach Auffassung der Rechtsanwältinnen der Betroffenen eine wenig überzeugende Argumentation: Es sei davon auszugehen, dass alle Personen im Pkw einem gemeinsamen Tatentschluss folgten. So hatte eine Nachbarin eines Angeklagten bei der Polizei ausgesagt, dass einer der Rechtsextremen vor der Autohatz zu den anderen Fahrzeuginsassen geäußert habe: „Holt die Knüppel, wir fahren ihn um!“ Wie die Betroffenen zudem schilderten, wurde während der Jagd aus dem Auto heraus „Fahr das Schwein tot!“ gerufen.

Obwohl die polizeilichen Ermittlungen in diesem Fall wegen „versuchten Totschlags“ geführt worden waren, erhob der Staatsanwalt lediglich Anklage wegen „gefährlicher Körperverletzung“. Die von einem Gerichtsmediziner nach Aktenlage diagnostizierte „potenzielle Lebensgefahr“ für den Betroffenen hatte der zuständige Staatsanwalt zu

Gunsten der Angeklagten interpretiert: Dass sie ihr Opfer mit Eisenstangenschlägen auf den Kopf einer „konkreten Lebensgefahr“ aussetzten, hätten die Angeklagten als medizinische Laien nicht erkennen können.

Eine Fehlbewertung sondergleichen

Ebenso wie die Autohatz bei der Strafzumessung keine Rolle spielte, konnten Staatsanwaltschaft und Gericht auch eine rechtsextreme Motivation für die Tat nicht erkennen. Die Staatsanwaltschaft Halberstadt hatte bereits zum Prozessauftakt gegenüber der Wochenzeitung „Die Zeit“ verlauten lassen, die Angeklagten „seien keine Rechtsextremisten, denn sie hätten ja nichts getan, was uns um die Verfassung fürchten lassen müsste“. Dabei war aktenkundig, dass die Täter während der Tat „Sieg Heil“ und „White Power“ riefen. Gericht und Staatsanwaltschaft war auch bekannt, dass Christian S. einer rechten Schlägertruppe namens „Ententeichbande“ angehörte. Die Gruppe hatte im Jahr 1999 eine Vielzahl bewaffneter Angriffe auf ihnen missliebige Personen verübt. Der 18-jährige Angeklagte Tony T. trug am ersten Verhandlungstag seine rechte Gesinnung durch eine Hakenkreuztätowierung auf seiner rechten Wade offen zur Schau. Auch er ist einschlägig vorbestraft.

Am Ende des dritten Verhandlungstages verurteilte das Jugendschöffengericht den 23-jährigen Christian S. und den 18-jährigen Toni T. wegen gefährlicher Körperverletzung zu Haftstrafen von jeweils zwei Jahren ohne Bewährung – für die Betroffenen eine Fehlbewertung sondergleichen. ■

15. Mai/Holzweißig

(Landkreis Bitterfeld) Eine Gruppe von alternativen Jugendlichen und Punks wird in einer Parkanlage von einer Gruppe Rechter angegriffen. Zunächst provozieren die Neonazis verbal, dann schlagen sie – u.a. auch mit einem stangenähnlichen Werkzeug – auf die Punks ein. Einige der Betroffenen erleiden Verletzungen und müssen ambulant behandelt werden.

19. Juni/Köthen

Eine Gruppe alternativer Jugendlicher im Alter zwischen 14 und 15 Jahren wird an ihrem Treffpunkt auf einem Spielplatz in der Nähe des Sportplatzes des Vereins „Eintracht Köthen“ Opfer eines gezielten rechten Angriffs durch mindestens fünf Neonazis. Die Betroffenen werden durch Schläge und Tritte leicht verletzt. Die rechten AngreiferInnen seien „blitzartig“ auf sie zugestürzt, so die Betroffenen.

25./26. Juni/Köthen

Mehrere Rechtsextreme schlugen mit einem Hammer die Fensterscheibe einer Wohnung ein und skandieren dabei rassistische Parolen, die sich gegen eine dort wohnende Frau und ihr afro-deutsches Kind richteten.

Dringend notwendig: Bleiberecht statt Abschiebung

Nach rassistischen Angriff in Quedlinburg droht Irakerin Abschiebung

Im Mai diesen Jahres wurde die Irakerin Alija D. (Name geändert) in Quedlinburg Opfer eines rassistischen Angriffs; im Oktober wurde ihr vom Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge mitgeteilt, dass sie demnächst in den Irak abgeschoben werden soll. Auf Grund der „veränderten politischen Situation“ im Irak sei das bundesweite Abschiebungsverbot aufgehoben, so die Behörde.

In Sicherheit zu leben – das war der ausschlaggebende Grund für Alija D. und ihren Ehemann gewesen, vor rund fünf Jahren nach Deutschland zu fliehen. Sicherheit gab es für das Ehepaar unter dem Regime von Saddam Hussein nicht. Eine Tatsache, die auch die deutschen Behörden anerkannten. Sie erteilten dem Ehepaar eine befristete Aufenthaltserlaubnis in Sachsen-Anhalt.

„Mach den Kopf frei, hier ist Deutschland“

Doch seit einem halben Jahr lebt die 33-jährige Alija D. in permanenter Unsicherheit: Am 14. Mai war sie nachmittags gemeinsam mit ihrem in Quedlinburg geborenen zweieinhalb-jährigen Sohn und einer irakischen Freundin auf dem Heimweg vom Einkaufen, als ihnen plötzlich eine mindestens fünfköpfige Gruppe rechter Jugendlicher den Weg verstellte. „Zuerst haben sie uns beschimpft“, erinnert sich Alija D. Immer wieder schrien die auf Grund ihres Aussehens offensichtlich zur rechten Szene gehörenden jungen Männer: „Scheiß Ausländer, ihr nehmt uns alles weg!“ Plötzlich löste sich einer der jungen Männer aus der Gruppe und ging auf Alija D. zu, die mit ihrem Sohn fassungslos dastand: „Mach den Kopf frei, hier ist Deutschland“, brüllte der stämmige junge Mann – offenbar in Anspielung auf das Kopftuch, das Alija D. um ihre Haare trug. Dann holte er mit einer Bierflasche zum Schlag aus – und verfehlte Alija D. nur knapp. PassantInnen, die bis dahin tatenlos zuge-

schaute hatten, alarmierten schließlich die Rettungsleitstelle in Thale.

Mobile Beratung fordert Bleiberecht für Opfer rechter Gewalt

Obwohl die Gruppe flüchtete, wurde der mutmaßliche Haupttäter wenig später festgenommen: Der 16-jährige stadtbekannteste Rechtsextremist Danilo K. ist auch für die Strafverfolgungsbehörden kein Unbekannter. Im Januar hatte er in Quedlinburg einen Punk mit einem Messerstich lebensgefährlich verletzt; anschließend versuchte er gewaltsam in das Krankenhaus einzudringen, in dem sein Opfer behandelt wurde. Für einige Wochen in Untersuchungshaft kam Danilo K. erst, nachdem er auch noch einen linken Jugendtreffpunkt überfallen wollte. Sechs Wochen später setzte ein Richter am Amtsgericht Halberstadt den Haftbefehl von Danilo K. gegen Auflagen außer Vollzug. Daran sollte sich auch nach dem Angriff auf Alija D. nichts ändern: „Das war keine einschlägige Tat“, erklärte Staatsanwalt Hubert Böning auf Nachfragen gegenüber dem Quedlinburger „Harz Boten“. Auch bei der Polizeidirektion Halberstadt wird lediglich wegen Verdachts auf Volksverhetzung und Beleidigung ermittelt.

Bei Alija D. und ihrem Sohn hat der Angriff anhaltende Angstzustände ausgelöst. Jetzt mischt sich die Angst vor einem erneuten rassistischen Angriff mit der Angst vor einer Abschiebung in den Irak. Die dortige „Sicherheitslage“ kann Alija D. tagtäglich in den Nachrichten verfolgen.

Die Mobile Opferberatung setzt sich dafür ein, dass Alija D. als Opfer eines rassistischen Angriffs ein dauerhaftes Bleiberecht in Deutschland erhält: Denn wenn Alija D. abgeschoben würde, wäre das für die Rechten eine nachträgliche Bestätigung ihres gewaltsamen Vorgehens. ■

Auf der Website:

www.mobile-opferberatung.de
findet sich eine ausführliche
Fassung der Chronik.

Der moderne Antisemitismus

Auch heute noch sind antisemitische Denk- und Handlungsmuster wirkungsmächtig: sei es direkt als Gewaltakte gegen Juden und Jüdinnen sowie Einrichtungen jüdischer Landesgemeinden oder Organisationen; sei es indirekt, indem antisemitische Stereotype in Schulen oder Medien weitergetragen werden oder Geschichtsklitterung betrieben wird.

Der moderne Antisemitismus hat sich im Gegensatz zur traditionellen Judenfeindlichkeit als politische Bewegung formiert, die sich im 19. Jahrhundert im unmittelbaren Zusammenhang mit der Durchsetzung der bürgerlichen Gesellschaft – gegen das Modell des Stände- und Feudalstaats – herausbildete.

In Deutschland nach 1945 ist Antisemitismus eng mit Revisionismus und Holocaustleugnung verknüpft. Im Rückblick auf die letzten 20 Jahre lassen sich mehrere Wellen feststellen, in denen revisionistische und antisemitische Ideen von unterschiedlichen gesellschaftlichen, akademische und politischen Gruppen und Einzelpersonen in die Mitte der Gesellschaft getragen wurden – wie in jüngster Zeit beispielsweise nach den antisemitischen Äußerungen des verstorbenen FDP-Politikers Jürgen Möllemann oder des CDU-Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann.

Einfache Erklärungsmuster

Der moderne Antisemitismus identifiziert Juden und Jüdinnen als Verursacher der als negativ empfundenen Erscheinungsformen der Welt im 20. und 21. Jahrhundert. Mit diesen Zuschreibungen bietet der Antisemitismus ein einfaches Erklärungsmuster der jeweiligen Gesellschaftsordnung an.

Um Antisemitismus wirkungsvoll entgegen zu treten, ist es notwendig, sich der Unterschiede zu anderen Formen des Rassismus bewusst zu sein. In dem Buch „Nationalismus und Antisemitismus“ stellt Moïse Postone dazu fest: „Nicht nur das Ausmaß, sondern auch die Qualität der den Juden zugeschriebenen Macht, unterscheidet den

Antisemitismus von anderen Formen des Rassismus. Alle Formen des Rassismus schreiben dem anderen eine potenzielle Macht zu. Diese Macht ist gewöhnlich, aber konkret – materiell und sexuell – die Macht des Unterdrückten, die Macht des ‚Untermenschen‘. Die den Juden antisemitisch zugeschriebene Macht wird nicht nur als größer, sondern auch im Unterschied zur rassistischen Vorstellung über die potenziellen Mächte der ‚Untermenschen‘ als wirklich angesehen. Die Juden stehen für eine ungeheuer machtvolle, unfassbare internationale Verschwörung.“

Antisemitismus in der Mitte der Gesellschaft

Während für militante Alt- und Neonazis sowie bekennende Rechtsextreme die Leugnung des Holocaust und antisemitische Verschwörungstheorien Kernstücke ihrer Ideologie und Identität darstellen, basiert der Antisemitismus der gesellschaftlichen Mitte auf der Relativierung des Holocaust und der Leugnung jeglicher kollektiver Verantwortung für den Genozid an den europäischen Juden. Dieser Antisemitismus der Mitte präsentiert sich am häufigsten in Form von antisemitischen Stereotypen und Vorurteilen sowie nach wie vor auch in religiöser Judenfeindschaft und in einer Selbststilisierung der Deutschen als die eigentlichen Opfer des Nationalsozialismus.

Die Ergebnisse der jüngsten Umfragen machen deutlich, wie weit verbreitet Antisemitismus noch immer – und schon wieder – in Deutschland ist: So bekennen sich bei Umfragen regelmäßig etwa 15 bis 20 Prozent der deutschen Bevölkerung zu antisemitischen Einstellungen.

Knapp 60 Jahre nach der Befreiung vom Nationalsozialismus zeigt sich, dass eine Aufarbeitung und Auseinandersetzung mit den Wurzeln des modernen Antisemitismus in Deutschland notwendiger denn je ist. ■

Einige antisemitisch motivierte Straf- und Gewalttaten aus dem ersten Halbjahr 2004 und dem zweiten Halbjahr 2003

27. Juni 2004/Gardelegen

(Altmarkkreis Salzwedel) In einer Einkaufsstraße von Gardelegen sprühen Neonazis an ca. 15 Häuser und Geschäfte mit einer Schablone die Parole „Wir sind wieder da“ sowie das Bild eines Vermummten, der den Hitlergruß zeigt. An das ehemalige Gebetshaus der jüdischen Gemeinde – in dem sich heute ein Modegeschäft befindet, vor dem eine Gedenktafel an die ehemalige Funktion des Hauses erinnert – sprühen die unbekannt Täter ein Hakenkreuz. Die Stadt Gardelegen erstattet Anzeige und vermutet eine gezielte antisemitische Aktion von Neonazis. Am Abend des 26. Juni war im nahe gelegenen Peckfitz eine Feier mit rund 70 Rechten von der Polizei aufgelöst worden.

Frühsommer 2004/Merseburg

In Merseburg tauchen im Frühsommer selbst gemachte antisemitische Aufkleber mit Parolen wie „Zionismus ist Völkermord“ und „U\$raöl: Weltvergifter“ auf. Die Aufkleber sind mit „Autonome Nationalisten Halle/Merseburg“ unterzeichnet.

6. Mai 2004/Halle

Acht Gedenksteine für Hallenser Juden und Jüdinnen, die in nationalsozialistischen Vernichtungslagern ermordet wurden, werden wenige Stunden nach ihrer Verlegung im Rahmen der „Aktion Stolpersteine“ von Unbekannten nachts aus dem Pflaster gerissen und gestohlen. Die Gedenksteine waren in der Hallenser Innenstadt vor drei Häusern in den Boden eingelassen worden, in denen jüdische Familien gelebt hatten. Die Polizei schließt einen politischen Hintergrund nicht aus. Auf der Internetseite des neonazistischen „Nationalen Beobachters Halle“ wird der Diebstahl der Gedenksteine unter der Überschrift „Halle setzt ein Zeichen“ unverhohlen bejubelt.

Mai 2004/Magdeburg

Der „Verein zum Schutz der Anleger in der Finanzdienstleistung“ mit Sitz in Magdeburg versendet im Mai bundesweit das 80-seitige Heft „Der Freie Berater“. Das Heft tarnt sich als „Informationsdienst“ für Geldanlagen. In erster Linie hetzt der Herausgeber Daniel Shanin aber gegen Juden und Jüdinnen. Lange Passagen aus den antisemitischen „Protokollen der Weisen von Zion“ und Henry Fords bekanntem antisemitischen Traktat „Der Internationale Jude“ werden in dem Hochglanzheft in Artikeln zur wirtschaftlichen Situation in Deutschland zitiert. Verwunderlich ist die Ausrichtung des Heftes nicht. Im Herausgeberkreis sitzen bundesweit bekannte AktivistInnen der Neuen Rechten, u.a. AutorInnen des rechten Wochenblatts „Junge Freiheit“ und der „Deutschlandbriefe“.

Das Bild vom „Reichen Juden“ existiert noch in vielen Köpfen

Interview mit Jutta Dick zu Antisemitismus und jüdischem Leben in Sachsen-Anhalt

Frau Dick, Sie sind Direktorin der Moses Mendelssohn Akademie in Halberstadt. Bitte stellen Sie uns ihre Einrichtung kurz vor.

Die Moses Mendelssohn Akademie ist eng verbunden mit dem Moses Mendelssohn Zentrum in Potsdam, eine an die dortige Universität angebundene Forschungseinrichtung zur europäisch-jüdischen Geschichte. Im Moses Mendelssohn Zentrum bestand schon lange der Wunsch, über den reinen Forschungsbereich hinauszugehen und ein Akademieangebot für ein breiteres Publikum anzubieten. Mitte der 1990er Jahre bot sich dann in Halberstadt – einer Stadt mit einer großen jüdischen Tradition – die Möglichkeit, an historischer Stelle ein solches Angebot aufzubauen. Unsere 1995 gegründete Akademie hat seit 1998 ihren Sitz in der Klaussynagoge, einem ehemaligen Rabbinerseminar. Dort wird ein umfangreiches Tagungs-, Seminar- und Veranstaltungsprogramm angeboten. Seit 2001 ist im ehemaligen Mikwenhaus (Mikwe – jüdisches Ritualbad) das Berend Lehmann Museum für jüdische Geschichte und Kultur beheimatet.

Halberstadt hat eine lange jüdische Tradition?

Ja, Halberstadt gehört zu den Orten in Deutschland, in denen über Jahrhunderte eine große jüdische Gemeinde beheimatet war. Unter dem Einfluss des Hofjuden Berend Lehmann (1663-1730) entwickelte sich hier seit dem 17. Jahrhundert eine jüdische Gemeinde, die bis ins 19. Jahrhundert hinein bedeutender war als zum Beispiel die Berliner Gemeinde. Aus ihr gingen berühmte Rabbiner und große Industrielle hervor. In Halberstadt war neben Frankfurt am Main das Zentrum der jüdischen Orthodoxie in Deutschland. Hier entstand im 19. Jahrhundert jene Bewegung, die versuchte, jüdische Traditionen und Wertvorstellungen auch unter Bedingungen des modernen Lebens zu erhalten.

Gibt es heute nach der Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten gegen das deutsche

und europäische Judentum wieder jüdisches Leben in Halberstadt?

Nach der Vernichtung der jüdischen Gemeinde im Nationalsozialismus gibt es erst wieder seit einigen Jahren jüdisches Leben hier in der Region. Inzwischen leben rund dreißig jüdische Familien aus der ehemaligen Sowjetunion in Halberstadt und Umgebung. Da wir keine jüdische Gemeinde sind, können wir ihnen zwar kein Gemeindeleben bieten, doch unsere Einrichtung steht den Zuwanderern natürlich offen. So haben wir beispielsweise auf ehrenamtlicher Ebene einen Deutschkurs organisiert. Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion konnten in ihrer Heimat ihr Judentum im Allgemeinen nicht leben. Deshalb bieten wir zudem für die jüdischen Gemeinden im deutschsprachigen Raum Seminare an, in denen religiöse und geschichtliche Kenntnisse über das Judentum vermittelt werden.

Neben der Aufarbeitung und Dokumentation der jüdischen Geschichte veranstalten Sie auch Weiterbildungsseminare und Fortbildungen für MultiplikatorInnen. Welches Ziel verbinden Sie damit?

Wir verfolgen einen Ansatz, in dessen Zentrum die Vermittlung von Kenntnissen über das Judentum steht. Insbesondere möchten wir Schülerinnen und Schülern möglichst früh Grundkenntnisse über jüdische Religion und Kultur nahe bringen, da wir vor allem bei Kindern und Jugendlichen dazu beitragen wollen, dass antisemitische Einstellungen erst gar nicht entstehen. So steht bei uns nicht die Beschäftigung mit Antisemitismus und dem Nationalsozialismus im Vordergrund. Allerdings kann man natürlich nicht über jüdisches Leben in Deutschland berichten, ohne auf den Nationalsozialismus und die Existenz des Antisemitismus einzugehen. So bieten wir zum Thema Antisemitismus im Rahmen von Lehrerfortbildungen auch spezielle Seminare an. Schülerinnen und Schülern versuchen wir durch ganz konkrete Beispiele an das Thema heranzuführen, etwa indem wir sie auffordern, sich mit

den Biografien von jüdischen Familien, die aus Halberstadt oder der Region stammen, zu beschäftigen und Begegnungen mit solchen Familien ermöglichen.

In Sachsen-Anhalt kam es in den vergangenen Jahren zu Friedhofsschändungen beispielsweise in Staßfurt oder Dessau. In Halle wurden Gedenktafeln geschändet. Waren Sie in Halberstadt auch mit antisemitischen Angriffen konfrontiert?

Zum Glück nicht. Bisher ist es hier zu keinen antisemitischen Angriffen gekommen. Was ich allerdings erlebe, sind Anpöbeleien von rechten Jugendlichen mit Sprüchen wie „Bei Euch schlagen wir bald mal die Fenster ein!“.

Haben die jüdischen Zuwanderer, die in der Region leben, ihnen von Angriffen berichtet?

Das einzige, was ich in dieser Richtung mitbekommen habe, sind Flugblätter, die in Magdeburg in der Straßenbahn verteilt wurden und in denen behauptet wurde, jeder Zuwanderer würde 125.000 Euro auf die Hand bekommen. Das ist natürlich barer Unsinn. Doch solche Flugblätter verunsichern die Zuwanderer sehr und bringen sie in eine diffuse Situation: Zum einen haben sie das Bedürfnis, ihr Judentum zu leben, zum anderen haben sie den Eindruck, es verbergen zu müssen, um nicht aufzufallen.

Die empirische Sozialforschung belegt seit Jahren konstant, dass 15% der deutschen Bevölkerung offen antisemitisch eingestellt sind und bei weiteren 30% Antisemitismus in Latenz feststellbar ist. Stellen Sie fest, dass sich die Art und Weise, wie sich diese Einstellung manifestieren, geändert haben?

Ich habe eindeutig das Gefühl, dass sich das zum Negativen geändert hat. Heute werden bestimmte antisemitische Vorurteile laut geäußert, was man sich früher nicht getraut hätte. Immer wieder höre ich, ich möge doch noch ein paar reiche Juden heranschaffen, die unsere Einrichtung finanzieren oder für wirtschaftliche Prosperität in der Region sorgen können. Leider muss ich feststellen, dass dieses Bild vom reichen Juden noch in vielen Köpfen existent ist. Unsere Akademie hat ja das Ziel zu vermitteln, dass jüdische Geschichte integraler Bestandteil der deutschen Geschichte ist. Wird dies geleugnet, ist das für mich Ausdruck eines latenten Antisemitismus. Aber anstatt die jüdische Geschichte als Bestand-

teil der Deutschen zu sehen, erlebe ich Ausgrenzung. Ich bringe diese Haltung immer mit dem Satz auf den Punkt: „Unser Dom, unsere Liebfrauenkirche, unsere Martinikirche, unser Rathaus und die Juden da unten.“ Das Schwierige ist, dass eine solche Einstellung gar nicht als antisemitisch wahrgenommen wird. Immer wieder werde ich mit den abenteuerlichsten Vorstellungen konfrontiert wie zum Beispiel mit den antisemitischen Stereotypen der jüdischen Weltverschwörung und des jüdischen Kapitals, das alles bestimmt. In vielen Situationen stoße ich auf Aggressionen von Leuten, die noch nie etwas in ihrem Leben mit Juden zu tun hatten. In solchen Momenten fragt man sich, woher kommt so etwas, was soll das. Ich muss offen gestehen, das bewegt mich mehr als die offensichtliche Neonazi-Szene in Sachsen-Anhalt. Was mich dabei beunruhigt, sind die antisemitischen Bilder, die bei vielen Menschen immer noch präsent sind. Das treibt mich deshalb um, weil die Neonazi-Szene ja nicht aus sich heraus wächst, sondern die Einstellungen, die mir bei vielen Durchschnittsbürgern begegnen, die Basis für rechte und antisemitische Gewalt bilden.

Wie sehen Sie vor diesem Hintergrund die Zukunft für jüdisches Leben in Sachsen-Anhalt?

Ich bin Optimistin. Ermutigend ist, dass gerade bei jungen Leute unser Angebot auf Interesse stößt. Ich erkläre mir das auch damit, dass wir ihnen mit unserer Arbeit unbekanntere Lebenswelten aufzeigen, die sie sonst nicht kennen lernen würden. Persönlich freut mich, dass Jugendliche, die bei uns als Schüler oder Schülerin etwas gemacht haben, auch danach noch den Kontakt zu uns aufrecht erhalten. Außerdem versuche ich, dass Halberstädter Patenschaften für Zuwandererfamilien übernehmen, damit die leichter einen Weg in diese Gesellschaft hier finden und somit wieder Brücken gebaut werden. Meine Erfahrung ist, dass man dort mit Vortragsreihen nichts erreicht, wo antisemitische Einstellungen schon vorhanden sind. Deshalb richtet sich unser Angebot auch gezielt an Jugendliche. Ich gebe die Hoffnung nicht auf, dass man mit Angeboten, die ein Kennenlernen von jüdischer Kultur und Religion ermöglichen, zum Abbau antisemitischer Vorurteile beitragen kann.

Vielen Dank für das Gespräch. ■

20. April 2004/Dessau

Unbekannte Täter ritzen am helllichten Tag einen Davidstern in die Leuchtreklame einer Gynäkologie-Praxis in Dessau-Süd. Die Praxis wird von der Ehefrau des Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde Dessau betrieben. Als die Ärztin die Polizei informiert, kommt diese nur widerwillig zum Tatort. Einer der Beamten fragt am Telefon: „Können Sie das Schild nicht einfach zu uns bringen.“

15. März 2004/Staßfurt

Die eindeutig antisemitische Parole „Tödet die Juden“ (Fehler im Original) sowie einen Davidstern mit der Aufforderung „kill“ sprühen unbekannte TäterInnen an eine Wand beim Kurhaus in der Innenstadt. Die Polizei ermittelt wegen Volksverhetzung und Sachbeschädigung.

März 2004/Dessau

Ein österreichischer Überlebender des Jugendkonzentrationslagers Moringen reklamiert in einem Dessauer Restaurant bei einem der Gaststätten-Mitarbeiter die Qualität seines Essens. Der Kellner reagiert auf den unüberhörbaren österreichische Dialekt des NS-Überlebenden mit dem Satz, er solle sich nicht so anstellen, in Österreich gäbe es „doch nur Juden und Kommunisten“.

11. November 2003/Dessau

An der jüdischen Gedenkstele in der Askanischen Straße stellen Mitglieder der jüdischen Gemeinde fest, dass mehrere Blumengebinde und Gedenkränze zerstört wurden, die an der Stele zum Gedenken an die Opfer der Pogromnacht des 9. November 1938 niedergelegt worden waren. Die jüdische Gemeinde stellt Strafanzeige gegen „Unbekannt“.

19. September 2003/ Magdeburg

Der Landesverband Jüdischer Gemeinden in Sachsen-Anhalt kritisiert die aus seiner Sicht zu schnelle Einstellung der Ermittlungsverfahren nach einer Zunahme von Schändungen jüdischer Friedhöfe im Sommer des Jahres 2003. Zwischen Mai und September waren fünf Friedhofschändungen u.a. in Halberstadt, Dessau und auf einem verwaisten Friedhof in der Güstener Feldflur registriert worden.

Ende August 2003/Dessau

Auf dem israelitischen Friedhof werden drei Grabsteine aus ihren Sockeln gehoben und umgerissen. Die Polizei erklärt, die Täter seien fachmännisch vorgegangen und hat keinen Hinweis auf die TäterInnen.

16. September 2003/ Staßfurt

Zum dritten Mal innerhalb eines Jahres wird der jüdische Friedhof in Staßfurt geschändet. Alle Grabsteine, die seit der Schändung im Juni noch standen, wurden zu Fall gebracht und teilweise zerstört. Im Februar 2003 war bei der ersten Schändung des Grabfeldes auch ein Hakenkreuz an die Friedhofsmauer gesprüht worden. Die Polizei erklärt, sie habe noch keine konkreten Hinweise auf die TäterInnen. In Staßfurt selbst wird davon ausgegangen, dass es sich um Rechte handelt.

27. Juli 2003/Halberstadt

Unbekannte TäterInnen kleben Hetzplakate gegen Juden in der KZ-Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge. Bei den insgesamt zehn Plakaten, die am 27. Juli entdeckt wurden, handelt es sich um Kopien von Zeitungsseiten aus dem Nationalsozialismus. BesucherInnen des Außenlagers des Konzentrationslagers Buchenwald entfernen die Plakate und übergeben sie Verantwortlichen der Gedenkstätte.

„Man wird doch wohl noch sagen dürfen ...“

Überregionale Aktionswochen wenden sich gegen zunehmenden Antisemitismus

Unter dem Motto „Man wird doch wohl noch sagen dürfen ...“ startete die Amadeu Antonio Stiftung Ende Oktober zusammen mit zahlreichen Projekte aus den neuen Bundesländern Aktionswochen gegen Antisemitismus: In 23 Städten und Gemeinden wird es in den nächsten Wochen über 50 Veranstaltungen zu alten und neuen Formen des Antisemitismus geben. Mit Lesungen, Workshops, Vorträgen, Zeitzeugengesprächen, Stolpersteinaktionen, Ausstellungen, Filmen und mehr reagieren Vereine und Initiativen auf die wachsende Bedrohung durch Antisemitismus. Initiiert wurden die Aktionswochen von der Amadeu Antonio Stiftung im Rahmen ihres vom Bundesprogramm CIVITAS geförderten Projekts gegen Antisemitismus. Die hohe Beteiligung der Initiativen ist zurückzuführen auf einen enormen Handlungsbedarf vor Ort. Regelmäßig kommt es zu Übergriffen mit antisemitischem Charakter. Rechtsextreme verbuchen Wahlerfolge und schüren antisemitische Stimmungen. Damit treffen sie leider einen Nerv der Zeit: Antisemitische Äußerungen stoßen in Gesprächen, in Schule und in Öffentlichkeit auf immer weniger Widerspruch. Inzwischen warnen auch die Sicherheitsbehörden vor zunehmenden antisemitischen Tendenzen. So betonte beispielsweise der Präsident des Bundeskriminalamtes (BKA) vor kurzem: Die Zahl derer, die sich antisemitisches Gedankengut zu Eigen machen, schein zu steigen. „Wir nehmen das Bedrohungspotenzial ernst“, so der BKA-Präsident. Unter den Tätern antisemitischer Straftaten seien einer Studie zufolge Hochschulabsolventen, Menschen mit höherem beruflichen Status und Ältere auffällig häufig vertreten. Umso wichtiger ist es, dass sich die Zivilgesellschaft engagiert. Anetta Kahane, Vorstandsvorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung: „Es ist ermutigend, wie viele Initiativen sich gegen Antisemitismus engagieren. Es ist gelungen, in Ostdeutschland bis in kleine Kommunen Antisemitismus zum Thema zu machen. Das zeigt, dass man doch etwas dagegen tun kann.“ ■

Veranstaltungen in Sachsen-Anhalt

Dessau, 3. November, 17 Uhr:

Erfahrungsaustausch vom Dessauer Bündnis gegen Rechtsextremismus und der Jüdischen Gemeinde Dessau; Veranstalter: Dessauer Bündnis gegen Rechtsextremismus (BgR), Jüdische Gemeinde Dessau
Ort: Jüdische Gemeinde Dessau, Kantorstr. 3

Dessau, 4. November, 18 Uhr:

Vortrag von Werner Grossert: „War die DDR judenfeindlich?“; Veranstalter: Bildungverein Elbe-Saale e.V.
Ort: Galeriecafe, Schloßstr. 10

Dessau, 13. November, 9.30 Uhr:

Einführung und Stadtrundgang zum Thema „Stätten jüdischen Gedenkens in Dessau“; Veranstalter: Kirchenkreis Dessau, Kolleg für Management und Gestaltung nachhaltiger Entwicklung gGmbH
Ort: Georgenkirche Dessau

Halle, 1. Dezember, 19 Uhr

Vortrag Peter Bierl: „Silvio Gesells Freiwirtschaftslehre und Tauschringe“; Veranstalter: AG Antifaschismus/Antirassismus Halle
Ort: Melanchthonianum (Hörsaal B) der Martin-Luther-Universität, Universitätsplatz 8-9

Dessau, 7. Dezember, 18 Uhr:

Vortrag von Claudia Dantschke: „Antisemitische Stereotype in der islamistischen Ideologie“ mit anschließender Diskussion; Veranstalter: Projekt GegenPart – Netzwerkstelle gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus Dessau
Ort: Alternatives Jugendzentrum Dessau, Schlachthofstr. 25

Halle, Termin wird noch bekannt gegeben:

Vortrag Gerhard Scheit: „Blut, Schweiß und Geld. Martin Luther und die Modernisierung des Antisemitismus“; Veranstalter: AG Antifaschismus/Antirassismus Halle
Ort: Melanchthonianum (Hörsaal B) der Martin-Luther-Universität, Universitätsplatz 8-9

„Wir schätzen die Arbeit der Mobilen Beratung“

Einige rechtsextrem und rassistisch motivierte Vorfälle aus dem Oktober und November 2004:

Ein unverzichtbarer Partner

Seit nunmehr 25 Jahren setzt sich der „Republikanische Anwältinnen und Anwälteverein“ (RAV) für die Demokratisierung des Rechts und die Wahrung der Rechte von Minderheiten in Deutschland ein. Seit 1990 ist der Verein mit seinen 900 Mitgliedern auch in den neuen Bundesländern aktiv. Seit Bestehen des RAV waren die Mitglieder unseres Vereins mit Rechtsextremismus und Rassismus konfrontiert. Wie viele andere standen wir fassungslos vor der Welle rassistischer und rechtsextremer Gewalttaten gegen Flüchtlinge, MigrantInnen und junge Linke, die in den Jahren 1990 bis 1992 zu zahllosen Brandanschlägen und Angriffen führte. Zahlreiche RAV-Mitglieder haben sich seitdem auf die Seite der Opfer rechter Gewalt gestellt: indem sie Opfern überhaupt erst einmal einen Zugang zum Recht vermitteln; indem sie Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalttaten als NebenklagevertreterInnen in Straf- oder in Schadensersatz- und Schmerzensgeldverfahren beistehen und dafür eintreten, dass Rechte der Opfer gewahrt werden. So setzen sich Anwältinnen und Anwälte dafür ein, dass mittellose Opfer rechter Gewalt durch einen besonderen Fonds des „Deutschen Anwaltsvereins“ finanzielle Unterstützung für juristische Beratung erhalten.

In unserer anwaltlichen Tätigkeit haben wir die Arbeit der Mobilen Opferberatung kennen und schätzen gelernt. Viele Betroffene rechter Gewalt gehören gesellschaftlichen Gruppen an, die strukturell diskriminiert sind, benachteiligt werden und keine gesellschaftlichen Einfluss geltend machen können. Die Mobile Opferberatung hat es sich zum Ziel gesetzt, die Opfer rechter Gewalt darin zu unterstützen, die Folgen eines Angriffs zu bewältigen und neue Handlungsspielräume zu gewinnen. Sie ist darin sowohl für die Opfer als auch den RAV – und für das Land Sachsen-Anhalt – ein unverzichtbarer Partner. ■

Hannes Honecker

Rechtsanwalt/Geschäftsführer des Republikanischen Anwältinnen- und Anwälteverein

Wichtiges Standbein von Miteinander

Anlass für die Gründung des Vereins „Miteinander – Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt“ im Jahr 1999 war der Wahlerfolg der rechtsextremen Deutschen Volksunion, die bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 1998 knapp 13 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten hatte.

Als das hauptamtliche Team vor fünf Jahren seine Arbeit aufnahm, löste das Konzept sofort eine öffentliche Debatte aus: „Mitten im Minenfeld“ titelte die Wochenzeitung „Die Zeit“ im Februar 2000 und schrieb: „Nicht mehr die Rechten sollen ‚bekehrt‘, sondern Nicht-Rechte gefördert werden.“ Denn Miteinander sieht es als seine Aufgabe an, gerade dort tätig zu werden, wo bisher wenig für die Entwicklung eines weltoffenen und toleranten Sachsen-Anhalts geschieht. Im Mittelpunkt der Arbeit steht die Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen und nicht-rechter Jugendkulturen.

Trotz massiver Anfeindungen und ab 2003 auch erheblicher finanzieller Kürzungen seitens der Landesregierung sind die Projekte des Vereins heute ein fest verankerter Bestandteil des demokratischen Engagements gegen Rassismus und Rechtsextremismus in Sachsen-Anhalt. Dabei ist die parteiliche Unterstützung und Beratung der Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt durch die Mobile Opferberatung ein wesentlicher Bestandteil der Arbeit von Miteinander. Denn das übergreifende Ziel des Vereins ist eine demokratische und weltoffene Gesellschaft, in der man ohne Angst verschieden sein kann.

Der Verein setzt dabei in seiner Arbeit auf Jugendprojekte, die sich an nicht-rechte Jugendliche wenden, Bildungsangebote für MultiplikatorInnen – und eben auf die Beratung von Opfern rechtsextremer Gewalt. ■

Roman Ronneberg

Geschäftsführer „Miteinander – Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt“

31. Oktober/Klötze

(Altmarkkreis Salzwedel) Zehn Personen der rechten Szene beschimpften gegen 2 Uhr nachts auf dem Martinimarkt einen Schausteller. Einer der Rechten schlägt den Mann und verletzt ihn im Gesicht. Außerdem beschädigt die Gruppe auch den Wohnwagen des Betroffenen. Die Polizei konnte insgesamt sechs Tatverdächtige feststellen und vorläufig festnehmen. Als Motiv für den Angriff geben die Rechten an, der Schausteller habe einen polnischen Arbeiter beschäftigt.

Im Anschluss an die so genannte Montagsdemonstration werden junge Linke von stadtbekanntem AktivistInnen der „Kameradschaft Festungsstadt“ angegriffen und verletzt. Die Neonazis hatten zunächst den Block der Linken gezielt provoziert, um sie dann mit einer Gruppe von insgesamt 15 Rechtsextremen anzugreifen. Die Angreifer hatten sich hinter Karstadt versteckt und waren u.a. mit Knüppeln bewaffnet. Die Polizei nimmt fünf stadtbekanntem Neonazis vorläufig fest und ermittelt u.a. wegen Körperverletzung. Drei linke Jugendliche erleiden leichte Verletzungen.

„Sachsen-Anhalt ohne Mobile Beratung – ein Desaster“

Die Nachricht hat aufgerüttelt: Die Mobile Beratung für Opfer rechtsextremer Gewalt in Sachsen-Anhalt zählte im ersten Halbjahr dieses Jahres ebenso viele Angriffe aus rechtsextremer oder rassistischer Motivation wie im gesamten Jahr 2003. Auch wenn rechtsextreme Parteien im Landtag Sachsen-Anhalts nicht mehr vertreten sind, von Entwarnung kann keine Rede sein. Rechtsextreme Gewalt gehört in vielen Regionen des Landes zum Alltag von Menschen, die auf Grund ihrer Hautfarbe, ihres sozialen Status, ihres Glaubens oder ihrer Herkunft von rechtsextremen Schlägern abgelehnt werden.

Die Mobile Opferberatung in Sachsen-Anhalt gehört zu insgesamt acht Beratungsstellen für Opfer rechtsextremer Straf- und Gewalttaten in den östlichen Bundesländern, die bisher weitgehend durch das Bundesprogramm CIVITAS finanziert wurden. Diese Finanzierung soll in den kommenden zwei Jahren auslaufen. Es wird nun auf die Länder ankommen, ob die entstandenen Strukturen längerfristig erhalten bleiben.

Opfer rechter Gewalt benötigen ein spezielles Beratungsangebot

Opfer rechtsextremer Gewalt brauchen ein spezifisches Beratungsangebot. Sie gehören in aller Regel zu gesellschaftlichen Gruppen, die auf Grund von geringer Mobilität, Sprachschwierigkeiten oder einem niedrigen Informationsstand keinen Zugang zu herkömmlichen Beratungseinrichtungen haben. Deshalb müssen Beratungseinrichtungen für Opfer rechter Gewalt auf die Betroffenen zugehen. Sie müssen über ein spezielles Wissen verfügen. Und sie müssen in der Lage sein, auf die immer wieder gestellte Frage „Kann mir dies noch einmal passieren?“, eine geeignete Antwort zu geben. Meist ist ein längerfristiger und facettenreicher Beratungsprozess notwendig, um den Betroffenen wieder in einen normalen Alltag zurück zu verhelfen.

Die Mobile Beratung in Sachsen-Anhalt hat zusammen mit der Beratungsstelle für Opfer rechtsextremer Straf- und Gewalttaten in Dessau seit ihrem Bestehen ein breites Netzwerk an Kooperationspartnern im ganzen Land aufgebaut und ehrenamtliche UnterstützerInnen gewonnen. Opfer und potenzielle Opfergruppen werden durch eigene Recherchen ermittelt und – wenn gewünscht – aufgesucht. Ein engagiertes und gut ausgebildetes Team von drei Frauen und zwei Männern bieten in Halberstadt, Halle, Magdeburg und Salzwedel regelmäßig eine professionelle Beratung an.

Sachsen-Anhalt muss seiner Verpflichtung nachkommen

Im Verbund mit den anderen Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt befindet sich das Team aus Sachsen-Anhalt in einem permanenten Austausch über Qualitätsstandards und der Weiterentwicklung des gemeinsamen Beratungsprofils. Mit ihrer Öffentlichkeitsarbeit, den regelmäßig erscheinenden „Informationen“ und ihrer übersichtlichen Homepage hat die Mobile Beratung Sachsen-Anhalt einen hohen Standard in diesem Bereich gesetzt, an dem sich inzwischen die anderen Beratungsprojekte orientieren.

Zumindest für die Betroffenen wäre Sachsen-Anhalt ohne die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus ein Desaster. Es liegt aber auch in der allgemeinen gesellschaftlichen Verantwortung, dass die Opfer der braunen Schläger eine bestmögliche Unterstützung erhalten. Es ist zu hoffen, dass die Landesregierung ihre Aufgabe wahrnimmt und das gut ausgebaute Beratungsangebot der Mobilen Beratung längerfristig erhält und weiter ausbaut. ■

Dominique John
Kordinatorin der von Bundesprogramm CIVITAS geförderten Beratungsstellen für Opfer rechtsextremer Straf- und Gewalttaten

Unsere Arbeit aus Sicht der Betroffenen

Wie wichtig die Arbeit der Mobilen Opferberatung für die Betroffenen ist, zeigen die folgenden Reaktionen von Opfern, die wir im letzten Jahr betreut und unterstützt haben.

„Die Opfer bekommen ihre Würde als Mensch zurück“

Heide D. hat ihren Lebensgefährten verloren, der von einem Rechten erstochen wurde.

„Damals, nach dem Freispruch des Täters, fühlte ich mich sehr alleingelassen mit meiner Trauer und dem unfassbaren Urteil. Ich wusste nur, dass ich gegen dieses Unrecht etwas tun muss, aber was? Als mich jemand auf die Mobile Opferberatung aufmerksam machte, habe ich dort einfach angerufen. MitarbeiterInnen des Projekts sind sofort gekommen. Was ich in meiner Situation sehr gut fand: Die Beratung fand in meiner Wohnung statt. Sie waren da und hörten mir zu, gaben mir Kraft, nicht mutlos zu werden. Seit vier Jahren begleitet nun das Projekt mich und die Familie. Wir wurden bei der Vorbereitung der Revision unterstützt und jetzt auch bei dem Prozess. Heute habe ich nicht mehr dieses Gefühl allein zu sein. Durch das Projekt bin ich auf diverse Veranstaltungen aufmerksam gemacht worden, an denen ich dann teilgenommen habe. Dabei habe ich bemerkt, wie viel Unwissenheit es noch gibt – aber auch, dass es engagierte Menschen gibt, die gegen rechte Ideologien kämpfen. Das zu erleben, tut mir gut. Durch die Arbeit der Mobilen Opferberatung bekommen die Opfer ihre Würde als Mensch zurück, denn sie werden beachtet und ihnen wird geholfen.“ ■

„Dass wer da war, der hinter einem stand, fand ich das wichtigste“

Silvio K.* wurde in einer Wohnung von Rechten überfallen.

„Ich hatte vorher noch nie von der Mobilen Opferberatung gehört und fand es gut, dass sich jemand dafür interessiert, was uns pas-

siert ist und uns Unterstützung anbietet. Über viele Sachen, die einem zustehen und was man in so einem Fall tun kann, weiß man ja nicht Bescheid. Ich denke, ohne die Hilfe der Mobilen Opferberatung wäre die Sache vielleicht im Sande verlaufen, gerade auch was den rechten Hintergrund und das Motiv der Täter betrifft. Dass wer da war, der hinter einem stand, fand ich das wichtigste. Wir hatten ja keine Ahnung, was nach dem Angriff auf uns zukommt. Und ohne Vermittlung zu den Rechtsanwältinnen und die intensive Vorbereitung auf die Gerichtsverhandlung hätte das für uns sicher alles anders ausgesehen.“ ■

„Alle Opfer von solchen Angriffen sollten sich an die Mobile Beratung wenden“

Christopher D.* wurde in einer Straßenbahn Opfer eines rassistischen Angriffs.

„Ich wusste nicht, dass es Leute gibt, die sich nach einem Angriff für die Opfer einsetzen. Ich war überzeugt, dass die meisten Deutschen RassistInnen sind. Jetzt hat sich das verändert. Ich weiß nun, dass es Menschen gibt, die sich gegen rassistische Gewalt engagieren. Überrascht und erfreut war ich zu erfahren, dass in der Opferberatung nicht nur Deutsche arbeiten, sondern es ein multikulturelles Team ist. Ich bin sehr froh, dass sich die Mobile Opferberatung um mich kümmert. So habe ich durch ihre Unterstützung eine Entschädigung erhalten. Ich fühle mich jetzt besser, weil ich weiß, dass ich nicht im Stich gelassen werde. Dadurch habe ich auch mehr Selbstsicherheit bekommen. Ich weiß jetzt, dass ich mir auch selbst helfen kann. Ich denke nicht mehr, dass ich kein Recht habe, nur weil ich ein Flüchtling bin. Alle Opfer von solchen Angriffen sollten sich an die Mobile Beratung wenden.“ ■

* Namen geändert

„Wir müssen erneut die Reise um die Welt machen, und sehen, ob es vielleicht von hinten irgendwo wieder offen ist“,

schrrieb der in Frankfurt (Oder) geborene Heinrich von Kleist. So wie der Dramatiker vor über 200 Jahren an eine andere, bessere Welt glaubte, so sind wir heute davon überzeugt, dass die Unterstützung von Opfern rechter Gewalt für viele Menschen ein selbstverständliches Anliegen ist.

Eine Möglichkeit, diese Unterstützung materiell werden zu lassen, ist eine Spende für die Mobile Opferberatung. Unser Ziel: Eine Gesellschaft, in der wir hoffentlich einmal überflüssig sein werden. Bis dahin ist es ein weiter Weg – auf dem Sie die Opfer rechter Gewalt und uns begleiten können. Unsere Schritte auf diesem Weg legen wir selbstverständlich offen: In den regelmäßigen „Informationen“ und unserer Homepage: www.mobile-opferberatung.de.

Das Finanzamt Magdeburg und eine unabhängige Wirtschaftsprüfergesellschaft kontrollieren kontinuierlich die Jahresabschlüsse des Vereins. Spenden an den Verein mit dem Verwendungszweck „Mobile Opferberatung“ sind steuerlich absetzbar.

Wir zählen auf Ihre Spende!

Ihr Team der Mobilen Opferberatung

Fünf Jahre Miteinander e.V.

Aus Anlass des fünfjährigen Bestehens des Vereins Miteinander findet am **15. November** um **19 Uhr** eine kleine Jubiläumsfeier im Café Rossini im Opernhaus Magdeburg, Universitätsplatz 9, statt. Alle Freunde des Vereins sind zu diesem Anlass herzlich eingeladen. 1999 nahm der Verein Miteinander seine Arbeit auf. Die Förderung durch die damalige Landesregierung Sachsen-Anhalts ließ schnell zunächst drei, ab 2001 vier regionale Zentren entstehen, deren MitarbeiterInnen genau dort tätig wurden, wo bisher wenig für die Entwicklung eines welt-offenen und toleranten Sachsen-Anhalts geschah oder sich sogar Brennpunkte rechts-extremistischer Besterbungen herausgebildet hatten. Parallel dazu baute der Verein im Rahmen des Bundesprogramms CIVITAS mit der Mobilen Opferberatung ein spezielles Beratungsangebot für Opfer rechtsextremer Gewalt auf, das auch präventiv in den lokalen Raum hineinwirkt. Dem Regierungswechsel auf Landesebene folgte 2003 ein drastischer Einschnitt bei den Fördermitteln, in dessen Folge die ursprünglichen regionalen Zentren geschlossen werden mussten und sich die Zahl der MitarbeiterInnen deutlich verringerte. In der Zwischenzeit finanzierte der Verein seine Projektarbeit mit Hilfe einer ganzen Reihe von Förderprogrammen und Mittelgebern.

Vor Ort: Infotour in Schönebeck

Die „Infotour gegen Rechts“ der Mobilen Beratung durch Sachsen-Anhalt macht am **16. November** ihren letzten Stopp in diesem Jahr in Schönebeck.

Mit dem Workshop „Blickpunkt: Opfer rechter Gewalt“ stellt die Mobile Opferberatung sich und ihre Arbeit vor. Rechte Gewalt gab und gibt es auch in Schönebeck. Betroffen sind nicht-rechte und alternative Jugendliche, Flüchtlinge und MigrantInnen.

In dem Workshop geht es um effektive Handlungsoptionen zur Unterstützung von Opfern rechter Gewalt und den Umgang mit rechtsextremer Alltagskultur. Eine Analyse der Umstände, die die Angriffe ermöglichen, vermitteln die MitarbeiterInnen des Projekts „No Place for Fear“, die eine sogenannte Angstzonenstudie u.a. in Schönebeck erstellen. Der Workshop richtet sich an Ehrenamtliche und MitarbeiterInnen von Jugend-, Migrations- und Sozialeinrichtungen und wird durch die Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt gefördert. Unter dem Motto „Der Nazis neue Kleider“ wird abends um **19 Uhr** dann eine öffentliche Informationsveranstaltung den Wandel im Auftreten neonazistischer Gruppen anhand von regionalen und überregionalen Beispielen analysieren.

Anmeldungen für den Workshop bitte an:

opferberatung.mitte@miteinander-ev.de

Tel.: 0391/5 44 67 10; Fax: 0391/5 44 67 11

Mit Demokratiepreis ausgezeichnet

Eine gute Nachricht erreichte uns unmittelbar vor Redaktionsschluss: Der Beirat des „Bündnis für Demokratie und Toleranz“ hat das Projekt „Blickpunkt: Opfer rechter Gewalt – die Mobile Opferberatung vor Ort mit der ‚Infotour gegen Rechts‘“ im Rahmen des Wettbewerbs „Aktiv für Demokratie und Toleranz“ als vorbildlich ausgezeichnet.

In acht Städten und Kommunen war die Mobile Opferberatung mit der „Infotour gegen Rechts“ in diesem Jahr vertreten: in Dessau, Stendal, Quedlinburg, Halle, Halberstadt, Magdeburg, Genthin und Schönebeck. Dabei stand und steht die Sensibilisierung von Ehrenamtlichen und MultiplikatorInnen sowie der Öffentlichkeit für die spezifische Situation (potenziell) Betroffener rechter Gewalt in ihren jeweiligen Kommunen im Mittelpunkt. Für das Jahr 2004 übernahm die Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt eine Ko-Finanzierung des Projekts.

Wir verstehen den Preis für Demokratie und Toleranz als eine Würdigung und Unterstützung der Mobilen Opferberatung und als eine Ermutigung, die „Infotour gegen Rechts“ auch im nächsten Jahr in anderen Kommunen fortzusetzen.

Über diesen Newsletter:

Die „informationen der Mobilen Beratung für Opfer rechtsextremer Gewalt“ erscheinen sechs Mal im Jahr und werden kostenlos verschickt. Die „informationen“ können auch per E-mail bezogen werden. Wenn Ihr/Sie die „informationen“ bislang nicht direkt zugeschickt bekommen habt oder weitere Exemplare erhalten möchtet, bitte eine Rückmeldung geben an die unten genannte Adresse. Wir nehmen Euch/Sie dann in den Verteiler auf.

Mobile Opferberatung
c/o Miteinander e.V.
Erich-Weinert-Str. 30
39104 Magdeburg

opferberatung.md@miteinander-ev.de
Tel.: 0391/5 44 67 10
Fax: 0391/5 44 67 11

Über Geld und Spenden:

Spenden sind jederzeit willkommen. Sie werden ausschließlich für die direkte Projektarbeit eingesetzt. Wünsche der SpenderInnen über die Mittelverwendung werden selbstverständlich befolgt. SpenderInnen werden regelmäßig über die Arbeit der Mobilen Opferberatung informiert, u.a. durch einen Jahresbericht und Materialneuerscheinungen.

Die Mobile Opferberatung ist ein Projekt des gemeinnützigen Vereins Miteinander e.V.; Spenden sind daher steuerlich absetzbar. Auf Wunsch erhalten Sie eine Spendenbescheinigung zugeschickt.

Bank für Sozialwirtschaft AG
Konto-Nr.: 8473400, BLZ: 810 205 00
Kontoinhaber: Miteinander e.V.
Verwendungszweck: Mobile Opferberatung
(bitte angeben)

Impressum

Herausgeber:

Mobile Beratung für Opfer
rechtsextremer Gewalt
c/o Miteinander e.V.
Projektleitung und Koordination
Erich-Weinert-Str. 30
39104 Magdeburg
Telefon: 0391/5 44 67 10
Fax: 0391/5 44 67 11
opferberatung.md@miteinander-ev.de

Redaktion:

Heike Kleffner (V.i.S.d.P.),
Martin Beck

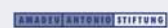
Gestaltung: www.flmh.de

Ralf Mueller v.d. Haegen

getragen von:



diese Ausgabe wird
auch gefördert von:



gefördert von:



im Rahmen von

